

Alternative für Deutschland

Landesverband Brandenburg
- Landesgeschäftsstelle -



AfD Brandenburg, Schopenhauerstr. 27, 14467 Potsdam

Gesundheit sichern:

Die Chancen auf eine lange Lebenszeit in guter Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Region und sozialer Stellung zu verbessern, ist ein wichtiges Ziel des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Brandenburg.

1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um gesundheitliche Risiken zu vermindern und den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung im Sinne der Chancengleichheit, Teilhabe und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen zu verbessern?

Wir müssen die Prävention stärken, um so die Grundlage für ein langes Leben in Gesundheit und Wohlergehen zu ermöglichen. Das muss in der Kita und der Schule beginnen und das Arbeitsleben umfassen.

Eine rein ökonomisch gesteuerte Ausrichtung medizinischer Versorgung darf nicht maßgeblich den Einsatz medizinischer Leistungen bestimmen.

Die Landesregierung hat es versäumt, eine gute medizinische Versorgung in der Fläche in Brandenburg aufzubauen. Eines der vielen Probleme ist die ungleiche Verteilung der Arztpraxen zwischen Speckgürtel und ländlichem Raum. Ebenso bedenklich ist die Situation in den ländlichen Krankenhäusern, die freie Arztstellen nicht besetzen können. Das Land Brandenburg braucht mehr Ärzte im ländlichen Raum, die idealerweise auch im Land ausgebildet werden.

Wir wollen deshalb eine staatliche medizinische und pharmazeutische Fakultät.

Der Zugriff auf junge Mediziner aus dem Ausland, die dann in ihren Heimatländern fehlen, darf kein Dauerzustand werden.

Um dem Ärztemangel entgegenzuwirken, streben wir u. a. Stipendienvereinbarungen an, mit denen eine mehrjährige verpflichtende Tätigkeit im Land Brandenburg verbunden ist.

Es ist das Breitbandnetz auszubauen, so dass telemedizinische Angebote als Ergänzung zum Praxisbesuch bereitgestellt werden können.

2. Welche Pläne hat Ihre Partei, um eine Strategie zur Förderung der öffentlichen Gesundheit (Kinder, Erwachsene, Senioren) in Brandenburg zu entwickeln?

Bei der von der AfD angestrebten Fokussierung auf die Prävention kommen dem Öffentlichem Gesundheitsdienst und auch der Arbeitsmedizin wesentlich mehr Bedeutung zu als heute, wo die kurative Medizin den Hauptschwerpunkt darstellt. Für den öffentlichen Gesundheitsdienst, der für die AfD künftig eine wichtigere Rolle spielen wird, fordern wir eine stärkere Mitbestimmung und Mitgestaltung der Landkreise als zentrale Akteure der kommunalen Daseinsvorsorge.

3. Welche Aufgaben soll in diesem Kontext der Öffentlichen Gesundheitsdienst übernehmen ?

Wir brauchen insbesondere eine verbesserte Organisation der Impfungen und eine bessere Kontrolle des Impfstatus auch durch Einbeziehung und Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Wir wollen, dass Asylsuchende schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen gemäß den extra dafür entwickelten Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) des Robert-Koch-Instituts geimpft werden. Eine Evaluation aus 2016 zeigt, dass dies überhaupt nicht die Regel war. Hierbei ist der Öffentliche Gesundheitsdienst primär einzubinden.

Politik hat die Verantwortung, die Gesundheit der Bevölkerung mit wirksamen Regeln und Kontrollmaßnahmen zu schützen. Ein wichtiges Element sind tragfähige Strukturen im öffentlichen Gesundheitsdienst, um schnell auf drohende Gesundheitsgefahren etwa in Form von Epidemien zu reagieren. Der öffentliche Gesundheitsdienst stellt in Brandenburg die primäre Gesundheitsgefahrenabwehr mittels Hygienekontrolleuren/Gesundheitsaufsehern und Ärzten bereit.

4. Bitte beschreiben Sie, wie Ihre Partei den Gesundheitsschutz in Brandenburg und die Vorbereitung auf Ausbruchereignisse verbessern will.

Wichtig ist für die AfD, dass die Positionen des Landes und der Kreise beim Aufbau des DEMIS (Deutsches Elektronisches Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz) berücksichtigt werden.

Gesundheit fördern

Schutz, Erhalt und Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung sind zentrale politische Aufgaben und spiegeln sich bereits in zahlreichen Gesetzen zur Prävention und Gesundheitsförderung wider.

Aktuell sind die infrastrukturellen und personellen Ressourcen nicht ausreichend, um die gesetzlichen Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zu erfüllen. Zusätzlich wird in den nächsten Monaten die Umsetzung des BTHG und der Masernimpfpflicht das Aufgabenspektrum des ÖGD zusätzlich erweitern. Die personelle Ausstattung in sozialpsychiatrischen Diensten ist im Land besonders prekär zu beschreiben mit entsprechenden Folgen für die Bevölkerungsgesundheit.

5. Mit welcher Strategie plant Ihre Partei, die personell schwierige Situation im Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Brandenburg, insbesondere vor dem Hintergrund des aktuell bestehenden Ärztemangels, zu entschärfen?

Es gilt, den Öffentlichen Gesundheitsdienst aufzuwerten: Bisher ist der Bekanntheitsgrad auch für Medizinstudenten gering. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, einen Teil des Praktischen Jahres hier zu absolvieren.

Darüber hinaus sollte an der von uns geforderten neuen Brandenburgischen Hochschulmedizin ein Lehrstuhl für Öffentliche Gesundheit das Fach innerhalb der Ausbildung aufwerten, Lehre und Forschung verzahnen und über Stipendien die Möglichkeit schaffen, junge Absolventen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu begeistern und auch an ihn zu binden.

6. Vor welche Herausforderungen sieht sich Ihre Partei dabei gestellt und was wären Ihre ersten Schritte ?

Herausforderung wäre es bei Erhöhung von Attraktivität und Bekanntheit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, nicht Ärzte zum Beispiel von Krankenhäusern abzuziehen, die dann dort fehlen.

Die Lösung liegt stattdessen in der Erhöhung der Absolventenzahlen.

Die neue Brandenburgische Hochschulmedizin ist demnach der erste Schritt, den es für die AfD zu gehen gilt.

Datenbasierte gesundheitliche Planung

7. Welche konkreten politische Maßnahmen bzw. Gesetzesvorhaben plant Ihre Partei, um die kommunalen und landesweite Gesundheitsberichterstattung in Brandenburg zu stärken ?

Um den Wert der Gesundheitsberichterstattung zu erhöhen ist es für die AfD vordringlich, den Indikatorensatz auch kommunal voll abzubilden. Dabei müssen die Landkreise laufend eingebunden werden.

Wichtig ist für die AfD auch, dass hierbei die ohnehin zu wenigen Ärzte nicht unnötig mit Verwaltungsarbeiten beschäftigt werden. Das gilt auch im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Für administrative Aufgaben muss ausreichend Verwaltungspersonal eingestellt werden.